

# Red Hand Day 2014

Pressekonferenz

am 10. Februar 2014

Bundespressekonferenz, Berlin

## **Statement**

Ralf Willinger

terre des hommes e.V.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten

## **Kleinwaffen – Massenvernichtungswaffen heutiger Zeit**

Sogenannte Kleinwaffen – beispielsweise Maschinenpistolen und Sturmgewehre – sind die Massenvernichtungswaffen der heutigen Zeit. Durch diese Kleinwaffen sterben jedes Jahr etwa 500.000 Zivilisten. Mehrere deutsche Firmen sind in dieser Waffengattung unter den Marktführern, darunter Heckler & Koch, Rheinmetall und Walther.

### **Verbreitung deutscher Kleinwaffen**

Nach der Kalaschnikow ist das G3 von Heckler & Koch mit 10 Millionen Exemplaren das am weitesten verbreitete Sturmgewehr der Welt. Es wurde nach Angaben der Bundesregierung in mehr als 80 Länder offiziell geliefert. Außerdem wird oder wurde es in mindestens 15 Ländern in Lizenz produziert, heute beispielsweise immer noch in Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und der Türkei.

In Saudi-Arabien wurde mit Genehmigung der Bundesregierung vor kurzem außerdem eine komplette G36-Produktionsanlage von Heckler & Koch aufgebaut. Das G36, die Weiterentwicklung des G3, wiegt gerade mal 3,6 Kilo, auch Kinder können es gut tragen. In der neuen Gewehrfabrik in Saudi-Arabien produzierte G36 wurden bereits auf Waffenmessen in der Region angeboten. Die Folgen dieser Überflutung von Krisengebieten mit deutschen Waffen ist fatal: Allein mit Waffen von Heckler & Koch sterben Schätzungen zufolge mehr als 100 Menschen pro Tag.

Der aktuelle Rüstungsexportbericht 2012 der Bundesregierung weist aus, dass in 2012 mehr sogenannte »Kleinwaffen« aus Deutschland exportiert wurden als je zuvor, nämlich 66.955 Stück, doppelt so viele wie im Vorjahr! Mehr als die Hälfte der Waffenexporte gehen in sogenannte Drittländer (Länder außerhalb der EU und NATO), ebenfalls ein neuer Rekord!

Hauptimporteure deutscher Rüstungsgüter ist die für massive Menschenrechtsverletzungen bekannte Regierung Saudi-Arabiens, die Rüstungsgüter im Wert von 1,2 Milliarden Euro erhält, darunter viele Kleinwaffen. An dritter Stelle folgt Algerien, an 10. die Vereinigten Arabischen Emirate, an 12. der Irak, an 13. Indien, an 22. Kolumbien, an 23. Pakistan.

### **Exporte in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und Kindersoldaten**

Alle diese Länder haben nach Einschätzung des BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn)<sup>1</sup> eine sehr schlechte Menschenrechtssituation. In vier dieser Länder gibt es Kindersoldaten (Irak, Indien, Kolumbien, Pakistan), von anderen wie von Saudi-Arabien ist bekannt, dass sie Waffen an islamistische Rebellengruppen in Syrien und in der Sahel-Zone liefern, die nach UN-Angaben Kinder rekrutieren und weitere brutale Menschenrechtsverletzungen begehen. Im Nachbarland Katar half Saudi-Arabien dabei, die Demokratiebewegung im arabischen Frühling gewaltsam zu unterdrücken und im eigenen Land werden Menschen-

---

<sup>1</sup> Datengrundlage für die Einschätzung des BICC sind verschiedene, offen zugängliche Quellen wie die periodischen Berichte der Weltbank oder die Menschenrechtsberichte von Amnesty International.

rechte regelmäßig rigoros mit Füßen getreten. Dieses Land wird von der Bundesregierung allen Ernstes als „Stabilitätsanker“ in der Region bezeichnet und mit diesem Argument werden die Rüstungsexporte dorthin rechtfertigt. Noch immer ist unklar, ob Deutschland demnächst auch noch bis zu 270 Leopard-2-Panzer an Saudi-Arabien liefern wird.

### **Waffen schaffen keine Stabilität**

Dass Waffen keine Stabilität schaffen, zeigen gerade die Konflikte in der Krisenregion Nordafrika / Naher Osten überdeutlich, die gestern im Irak oder Libyen tobten, heute in Syrien und morgen jedes andere Land in der – auch von Deutschland – hochgerüsteten Region erfassen können.

### **Breite Kritik an deutscher Rüstungsexportpolitik**

Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist nicht restriktiv, wie es die Bundesregierung nach wie vor behauptet, sie ist menschen(rechte)verachtend. Sie wird nicht nur von Menschenrechtsorganisationen und Vertretern der Vereinten Nationen kritisiert, sondern auch von erfahrenen deutschen Außenpolitikern wie Hans-Dietrich Genscher und Exkanzler Helmut Schmidt.

Wir hatten Herrn Schmidt zu dieser Pressekonferenz eingeladen, leider konnte er nicht kommen, er gab uns aber die Genehmigung, aus einem ZEIT-Artikel von ihm zu zitieren. *„Ich halte es für abwegig, statt Soldaten Waffen in Krisengebiete zu schicken. Auch wenn ich die Unlust der heutigen Deutschen, Soldaten in fremde Länder zu schicken, gut verstehen kann. Wir haben in Wirklichkeit niemandem genützt dadurch, dass wir unsere Soldaten nach Afghanistan geschickt und dann dort auch Soldaten verloren haben“*, so der ehemalige Bundeskanzler.

Nach Angaben des Rüstungsexportberichts der GKKE, der ökumenischen Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, genehmigte die Bundesregierung im Jahr 2012 Rüstungsexporte in 67 Länder (2011: 64, 2010: 48), in denen die Menschenrechtsslage bedenklich ist. Nach den Rüstungsexportgrundsätzen der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 und nach dem Gemeinsamen EU-Standpunkt zu Rüstungsexporten 2008 dürfte in diese Länder deswegen gar nicht exportiert werden, diese Grundsätze werden aber nicht eingehalten.

### **Deutsche Waffenexporte außer Kontrolle**

Warum steigen die deutschen Rüstungsexporte in solche problematischen Länder dennoch seit Jahren immer weiter an?

Dazu hat Helmut Schmidt in seinem Artikel sehr treffend geschrieben: *„Entscheidend ist aber nicht der auslegungsbedürftige Text der Richtlinien, sondern die Praxis der Genehmigung.“*

Und die ist offensichtlich äußerst großzügig gegenüber den Exportwünschen der Industrie. Denn laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden im Jahr 2012 gerade einmal 0,7 % der Anträge abgelehnt. Viele Entscheidungen über Rüstungsexporte fallen im geheim

tagenden Bundessicherheitsrat, in dem die Bundeskanzlerin und mehrere Bundesminister sitzen. Helmut Schmidt hält die Geheimhaltung, ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges, heutzutage nur noch bei abgelehnten Anträgen für gerechtfertigt. *„Sie hat aber keinen Sinn im Blick auf die genehmigten Exportanträge. Denn in relativ kurzer Zeit spricht sich sowieso herum, was Deutschland liefert.“*

Zusammenfassend kann man sagen: Die ausufernden deutschen Waffenexporte sind außer Kontrolle geraten. Es ist überdeutlich, dass die bestehenden Rüstungsexportkontrollregeln nicht funktionieren und grundlegend reformiert werden sollten.

### **Forderungen**

- Entsprechend fordert das Deutsche Bündnis Kindersoldaten und seine 12 Mitglieder ein gesetzliches Verbot von Waffenexporten in Krisenregionen und Länder mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen wie dem Einsatz von Kindern als Soldaten – denn die bisherigen Politischen Grundsätze der Bundesregierung sind offensichtlich zu unverbindlich und werden nicht eingehalten. Ein solches Gesetz hat vor wenigen Tagen auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland empfohlen. Gute Ansätze für gesetzliche Regelungen gibt es schon in anderen Ländern, wie beispielsweise den Child Soldiers Protection Act in den USA. Er schreibt unter anderem eine jährlich zu aktualisierende Schwarzliste von Ländern vor, in die Waffen nicht geliefert werden dürfen, weil dort Regierungsarmeen Kinder als Soldaten einsetzen.
- Waffenproduktionslizenzen sollten grundsätzlich überhaupt nicht mehr vergeben werden, denn die Erfahrung zeigt, dass die daraus folgende Waffenproduktion vor Ort überhaupt nicht mehr zu kontrollieren ist – und dies über Jahrzehnte, wie das Beispiel G3-Produktionslizenz an den Iran aus dem Jahr 1967 und an Saudi-Arabien 1969 zeigt, die G3-Produktion läuft in beiden Ländern bis heute.
- Hermesbürgschaften für Rüstungsgeschäfte sollte es grundsätzlich nicht mehr geben. Es kann nicht sein, dass die Risiken des hochprofitablen Geschäfts mit dem Tod auch noch mit deutschen Steuergeldern abgedeckt werden.

### **Geringe wirtschaftliche Bedeutung von Waffenexporten**

Der Anteil der Waffenausfuhren am deutschen Gesamtexport betrug in den letzten Jahren übrigens immer zwischen 0,1 und 0,2 Prozent, er ist also gesamtwirtschaftlich gesehen irrelevant. Bei den Kleinwaffen stehen dahinter gerade einmal 2000 Arbeitsplätze.

### **Fazit**

Die immer weiter wachsenden deutschen Waffenexporte müssen dringend gestoppt werden. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass täglich unschuldige Menschen durch deutsche Waffen sterben und Kinder gezwungen werden, mit deutschen Gewehren zu kämpfen.